



«Der Staat muss von den Banken drastische Umstrukturierungen verlangen»

Interview: David Vonplon; Aktualisiert um 10:33 Uhr [7 Kommentare](#) [Drucken](#) [Mailen](#)

Die Finanzkrise ist mitnichten ausgestanden. Angelsächsische Grossbanken sind praktisch bankrott - und bedürfen neuerlicher Milliardenhilfe. «Wir betreten gefährliches Terrain», sagt Bankenexperte Manuel Ammann.



«Es gibt nur eine Lösung: Die Verstaatlichung.» Manuel Ammann, 38, ist ordentlicher Professor für Finanzen an der Universität St. Gallen und Direktor des Schweizerischen Instituts für Banken und Finanzen.

Artikel zum Thema

[Zweite Welle der Staatshilfe für Banken rollt an](#)

[«Banker haben sich wie Raubritter aufgeführt»](#)

Herr Ammann, angesehene Banken schreiben erneut Riesenverluste. Die Staaten sind gezwungen, wieder Hilfe in Milliardenhöhe einzuschliessen. Was hat das zu bedeuten: Kommt alles noch viel dicker?

Das ist schwierig zu sagen. Sicher ist nur: Die Krise auf dem Immobilienmarkt belastet die Banken in den USA und England sehr stark. Sie sind nicht in der Lage, die Krise rasch wegzustecken. Viele angelsächsische Banken können die Eigenmittelrichtlinien nicht mehr erfüllen oder haben ihre Eigenmittel ganz aufgebraucht. Mit anderen Worten: Es besteht die Vermutung, dass die eine oder andere Bank faktisch insolvent ist.

Können diese Finanzinstitute überhaupt

noch gerettet werden?

In einer solchen Situation gibt es nur eine Lösung, um zu verhindern, dass die Banken unkontrolliert zusammenbrechen: Die Verstaatlichung. Das sehen wir nun bei Finanzinstituten wie der Royal Bank of Scotland, Citigroup oder der Bank of America.

Auf eine Rettungsaktion folgt die nächste. Zeigt sich heute nicht, dass man einige Banken besser von Anfang an hätte Konkurs gehen lassen?

Solange das Ziel der staatlichen Rettungsaktionen ist, den Zusammenbruch des Finanzsystems durch den unkontrollierten Kollaps von grossen Banken zu verhindern, kann ich das nachvollziehen. Denn ansonsten droht ein Flächenbrand, wie nach der Pleite von Lehman Brothers. Nun bekommt man aber den Eindruck, dass die Dämme gebrochen sind. Staaten greifen den Banken zunehmend aus allen möglichen Gründen unter die Arme, zum Beispiel aus konjunkturpolitischer Motivation. So werden Banken mit neuem Kapital ausgestattet, damit sie wieder mehr Kredite vergeben. Hier betreten wir gefährliches Terrain.

Weshalb?

Der Staat greift in die Geschäftspolitik der Banken ein und übernimmt damit die Verantwortung für zukünftige Probleme. Ich habe grosse Zweifel, dass der Staat der bessere Banker ist. Fannie Mae und Freddie Mac lassen grüssen. Es ist paradox: Einerseits wirft der Staat den Banken – zu Recht – vor, zu grosse Risiken eingegangen zu sein, andererseits fordert er sie auf, aggressiver Kredite zu vergeben, also wieder grössere Risiken einzugehen. Man kritisiert die Banken zwar, wünscht sich aber insgeheim doch die Zeiten der billigen und leicht verfügbaren Kredite zurück.

Was wäre denn notwendig?

Ich vermisse in der Bankrettungsdebatte vor allem eine Frage: Wo bleiben die strukturellen Änderungen? Das Bankensystem ist von Überkapazitäten geprägt. Irgendwann müssen die abgebaut und die Strukturen angepasst werden. Nun kann man das auf zwei Arten tun: Man kann ein Ende mit Schrecken herbeiführen, indem Banken in Notlage konsequent restrukturiert werden. Das ist zwar schmerzhaft und verschärft unter

Umständen kurzfristig die Rezession, weil das Kreditvolumen sinkt. Aber nachher kann man wieder von einer gesunden Basis starten. Oder die Politik kann für einen Schrecken ohne Ende sorgen und marode Banken immer wieder stützen, ohne dass eine Anpassung der Strukturen erfolgt. Dann werden die Banken vermutlich über Jahre dahinsiechen, wie dies in Japan in der 90er-Jahren geschehen ist. Ob die zweite Variante wirklich besser ist?

Letztere Variante zeichnet sich aber immer mehr ab?

Es sieht so aus. Um dieses Szenario zu verhindern, muss man die Banken dazu zwingen, ungesunde Geschäftsbereiche zu reorganisieren, abzustossen oder zu schliessen. Die Staaten müssten von den Banken drastische Umstrukturierungen verlangen und durchsetzen, wenn diese Staatshilfe bekommen.

Die Wut über die Banken wächst. Immer lauter ertönt der Ruf, fehlbare Banker zur Rechenschaft zu ziehen. Zu Recht?

Der Unmut ist verständlich. Aber meist wurden keine Gesetze verletzt. Die Banker haben im Rahmen des Systems gewirkt. Man muss sich deshalb fragen, wo das System nicht funktioniert hat. Und wo Anreize gesetzt wurden, um zu hohe Risiken einzugehen. Gerade auch im Hinblick darauf, dass Risiken auch an den Staat ausgelagert werden können.

Konkreter?

Man nimmt die Aktionäre tendenziell zu wenig in die Pflicht. Sie kommen recht glimpflich davon – obwohl ja eigentlich sie das Risiko tragen. Es ist doch eigenartig, wenn ein Unternehmen nach Erhalt eines Rettungspakets Dividenden auszahlt! Eigentlich müssten die Aktionäre ihren Einsatz verlieren, wenn eine Bank insolvent wird. Sie sind schliesslich die Risikoträger. Es darf nicht sein, dass der Steuerzahler für die Aktionäre einspringt.

Gilt diese Kritik auch für das Rettungspaket des Bundes?

Auch im Falle der UBS kann man argumentieren, dass die Aktionäre recht glimpflich davon gekommen sind. Sie haben durch das Rettungspaket nicht viel an Aktionärswert verloren.

Müssen wir auch im Falle von UBS und CS mit weiteren Hiobsbotschaften rechnen?

Ich gehe davon aus, dass das Ergebnis der Banken auch im vierten Quartal sehr schlecht ausgefallen ist. Es würde mich aber sehr überraschen, wenn die Situation für die Schweizer Banken so schlimm wäre wie für die Banken in England und Amerika. Denn sie verfügten im Gegensatz zu diesen über einen recht stabilen heimischen Immobilienmarkt.

Der Steuerzahler kann also aufatmen?

Dafür ist es noch zu früh. Aber ich wäre erstaunt, wenn der Bund der UBS noch einmal unter die Arme greifen müsste. Falls es so weit kommen sollte, würde ich dies nicht verstehen. Aus heutiger Sicht wäre das eine gravierende Fehlleistung des Managements.

Kommt es aber zum personellen Kahlschlag beim Bankenpersonal?

Zweifellos wird es zu einem Stellenabbau kommen. Die Kapazitäten sind in den letzten Jahren zum Teil stark ausgebaut worden und müssen nun wieder verkleinert werden. Das heisst auch, dass man bei den Personalkosten sparen muss. Wie stark der Abbau sein wird, hängt nicht zuletzt von der Börsenentwicklung ab. Geht es da bergab, leidet das Vermögensverwaltungsgeschäft, es wird an den Börsen weniger gehandelt, somit sinken die Erträge auch in diesem Bereich. Die Banken können dann die Einbussen im Investment Banking nicht mehr mit Erträgen aus der Vermögensverwaltung kompensieren und müssen die Kosten senken.

(Tagesanzeiger.ch/Newsnetz)